

Calmer Tagblatt

Nr. 275

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Veröffentlichungsweise: 5mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 10 Goldpfennige, Familienanzeigen 8 W. Pf., Nekrologen 30 W. Pf. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%.
 Freitag, den 23. November 1923.
 Bezugspreis: In der Stadt mit Frachtohn 176 Millionen Mf., wöchentlich. Postbezugspreis 176 Millionen Mf., ohne Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Der Reichskanzler hat gestern vor dem Reichstag seine Verteidigungsvrede gegen die Angriffe von rechts und links gehalten; seine Ausführungen haben aber — wie vorausgesehen war — die Gegner seiner Politik nicht zu einer andern Auffassung gebracht, weshalb sowohl von deutschnationaler wie von sozialdemokratischer Seite Mißtrauensanträge eingebracht wurden, denen ein Vertrauensantrag der Mittelparteien gegenüber gestellt werden soll. Da die Mittelparteien nicht stark genug sind, das Kabinett zu stützen, so ist augenblicklich das Schicksal desselben noch völlig unklar. Man spricht schon von neuen Männern. Die Ausführungen des Kanzlers über die äußere Lage gipfeln in der schweren Auflage der Regierung Poincaré, daß sie den wirtschaftlichen und politischen Ruin Deutschlands erstehe und in der Feststellung der Tatsache, daß wir keine Hilfe von außen zu erwarten haben, sodas uns nur Selbsthilfe retten könne.

Neuer bringt eine Darstellung der letzten Sitzung der Botschafterkonferenz, in der die Alliierten einen scharfen Druck wegen der französischen Absichten nach weiteren Zwangsmahnahmen gegenüber Deutschland auf Frankreich ausgeübt haben sollen.

Der französische Kammerausschuß für Auswärtige Angelegenheiten erachtet Poincaré um Auskunst über seine Haltung gegenüber Deutschland. Wir stehen also vor einer neuen Seh- und Hörensache Poincarés. Immerhin scheint auch in Frankreich ein gewisser Druck auf Poincaré sich geltend zu machen. Es wird sich bald zeigen müssen, ob er genügt, den Gewaltmenschen zu werfen.

Die Krisis in Berlin.

Der Reichskanzler zur äußeren und inneren Lage.

Berlin, 22. Nov. Unter starker polizeilicher Sicherung eröffnete der Reichstag seine heutige Sitzung mit einer Mitteilung des Präsidenten Loebe, daß Abgeordneter Kemmele wegen der gestrigen Vorfälle aus 20 Sitzungen des Hauses ausgeschlossen sei und daß der Präsident mit schärfsten Mitteln gegen weitere Störungen der Ordnung des Hauses vorgehen werde. Hierauf ergriff Reichskanzler Dr. Stresemann, häufig von lärmenden Zurufen der Kommunisten unterbrochen, das Wort zu längeren Ausführungen. Zunächst verwahrte sich der Kanzler gegen die Behauptung, die Reichsregierung wolle sich der Vertrauensfrage entziehen. Poincaré, der Leiter der gegenwärtigen französischen Politik, suche Deutschlands politische und soziale Zerkümmern. Wenn das konstitutionelle Leben Deutschlands in der Auflösung begriffen sei, so sei es das Werk dieser Politik. Man habe der Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie mit Frankreich Verhandlungen suchte. Rhein und Ruhr seien aber viel zu wertvoll, um nicht alle Möglichkeiten in Erwägung zu ziehen. Der Versuch, Sachleistungen zu Reparationen heranzuziehen, wäre möglich, wenn eine internationale Sachverständigenkonferenz zustande käme. Die gesunkene Kaufkraft der deutschen Währung sei nicht nur deutsche Sorge, sondern auch die der gesamten Welt. Man habe nicht die Absicht, dieser das deutsche Elend zu verschleiern. Hierauf sprach der Kanzler den Deutschen Amerikanern, sowie den Brüdern in Oesterreich den Dank für ihre Hilfe aus. Frankreich habe die Verhandlungen mit der deutschen Regierung abgelehnt, es hätten also einzelne Kreise der Wirtschaft mit den Verhandlungen beauftragt werden müssen. Hierüber werde die Regierung gerne dem Hause ein Weißbuch unterbreiten. Man warf uns vor, wir hätten die Verhandlungen nicht an den Fragen der Anrechnung scheitern lassen dürfen. Wollen wir, so fragte der Kanzler, auch noch den Ruhrstreik legalisieren? Das sei ausgeschlossen. Wir stehen am Ende unserer Kraft. Unsere Politik ist abhängig von der Wirtschaft und der Währung. Wenn der Versailler Vertrag gerissen wird, so geschieht es seitens derjenigen Mächte, die uns die wenigsten Ansprüche vorzuziehen. Wir wollen keine Loslösung der Rheinlande. Der Kanzler verwahrte sich gegen eine Auslegung des „Vorwärts“, die ihm die Förderung separatistischer Bestrebungen unterstüh. Nur in dem Augenblick könne wieder eine völlige Gleichbehandlung der Erwerbslosen im ganzen Reich eintreten, wenn die Verhandlungen im Rheinland unserer Instruktion gemäß abgeschlossen werden und die dortige Bevölke-

rung wieder über Arbeitsmöglichkeiten verfügt. Aber es muß im besetzten Gebiete mehr gearbeitet werden. In welcher Form die Dinge im Rheinland geregelt werden, das ist noch nicht abgeschlossen. Wir müssen an die Länder appellieren, ihre Kraftquellen diesen großen Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Nur dann könne der militärische Ausnahmezustand in einen zivilen verwandelt werden, wenn wieder Ordnung im ganzen Reich eintreten sei. Die Ereignisse vom 8. November müßten jeder Regierung eine Warnung sein, daß die Regierungsgewalt in Abhängigkeit von unverantwortlichen Organisationen gerät. Für die Haltung der Regierung gegenüber Bayern nehme der Kanzler die volle Verantwortung auf sich. Wir müßten, so fuhr der Kanzler fort, die verfassungsmäßige Landesregierung schützen, gleichgültig, wie sie uns gegenüberstehe. Auf einen Vorwurf des Abgeordneten Ledebour (U.S.P.), der Kanzler habe gerade zu dem zeitigen ungeeigneten Zeitpunkt dem Kronprinzen die Rückkehr nach Deutschland erlaubt, erwiderte der Kanzler, man könne dem Kronprinzen sein staatsbürgerliches Recht nicht versagen und er übernehme die Verantwortung für die Lage der Dinge. Ohne die Beschlüsse der Reichsregierung am Abend des 9. November wären die Ereignisse in München vielleicht nicht auf diesen Ort beschränkt geblieben. Bei den bevorstehenden Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich wird die Grundlage für die Regierung die Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen sein in Bezug auf die unbedingte Unterstellung der Reichswehr unter die Befehlsgewalt des Reiches. Veränderungen der jetzigen Verfassung seien bereits erwogen worden. Gegen Sachsen und Thüringen habe die Notwendigkeit bestanden, mit den Reichsereignissen vorzugehen. Sodann schneidet der Redner die Frage ausländischer Finanzhilfe an und betont dabei, daß bisher nur ein Angebot von ausländischen Finanzleuten beim Vorsitzenden des Reichsgrundbesitzerverbandes für einen Währungskredit von einer Goldmilliarde eingegangen sei, jedoch nur aufrecht erhalten werde unter dem Bestande der gegenwärtigen Regierung. Unsere einzige Hilfe sei die Solidarität des deutschen Volkes ohne Unterschied des politischen Glaubens. Sodann übte Redner Kritik an den Ausführungen des Abgeordneten Hergt, der sich eine Rechtsregierung zum Ziele setzte. Er als Reichskanzler sei der Ueberzeugung, daß seine Minister und er gewissenhaft die Pflicht erfüllt hätten. Die deutschnationale Fraktion brachte hierauf einen Mißtrauensantrag ein. — Reichsfinanzminister Luthe r ergeht sich über die Finanzminister des Reiches und kündigt größte Sparbarkeit, sowie neue Steuerforderungen an, die auf Grund des Art. 48 durchzusetzen seien. Aber auch damit werde noch keine Deckung der Reichsausgaben erreicht werden. Gegen die Ueberbreitung der Goldmarkpreise werde energisch vorgegangen. — Für das Zentrum verliest Abgeordneter Marx eine Erklärung, worin der innerpolitische Streit verurteilt wird und das Zentrum sich bereit erklärt, hinter der Regierung Stresemann zu stehen. — Abgeordneter Scholz (Deutsche Volkspartei) glaubt an die Reichstreue der Bayern und lobt die Energie des Reiches beim Vorgehen in Sachsen und Thüringen. Der in Angriff genommenen Währungsreform stehe seine Partei günstig gegenüber. — Abgeordneter Graf (Deutsche Volkspartei) glaubt nicht an ein Hilfe vom Ausland und ist mit der Politik der Reichsregierung ganz und gar nicht einverstanden. Als eingetragener Optimist hat er auch keinen Glauben an die Währungsanierung. Sodann nimmt er seine Freunde, die Nationalsozialisten, unter seine Fittiche und warnt den Reichskanzler vor einer gewalttätigen Unterdrückung der völkischen Bewegung. — Thüringischer Ministerpräsident Frölich beklagt sich über das Vorgehen der Reichswehr in Thüringen und gesteht deren verfassungswidriges Verhalten, das er in Einzelfällen nachweist. — Nachdem Abgeordneter Leuthenauer (Deutsche Volksp.) den Darstellungen des Ministerpräsidenten Frölich über die Lage in Thüringen entgegengetreten ist und Einzelfälle über kommunistische Gewalttätigkeiten besonders gegen die nationale Jugend angeführt hat, verwahrt sich Abgeordneter Hennig (Deutschnat.) gegen den Vorwurf, daß seine Partei sich des Hochverrats schuldig gemacht habe. Es entspinnt sich darauf zwischen dem Abgeordneten und dem Reichswehrminister Dr. G e f f e r eine längere Zwißprache, worauf die sachliche Erörterung abgebrochen und die Sitzung auf morgen Vormittag 11 Uhr vertagt wird mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung und kleinere Vorlagen.

Um das Kabinett Stresemann.

Berlin, 22. Nov. Wie die Blätter annehmen, werden die Deutschnationalen für das modifizierte sozialdemokratische Miß-

trauensvotum nicht stimmen, während andererseits auch die Sozialdemokraten nicht für das allgemein gefaltene deutschnationale Mißtrauensvotum ihre Stimmen abgeben werden. Infolgedessen dürften die beiden Mißtrauensanträge mit verschiedenen Mehrheiten abgelehnt werden, und das Kabinett Stresemann wäre auf diese Weise formell nicht zum Rücktritt gezwungen. Da jedoch der Reichskanzler sich mit der Ablehnung der Mißtrauensvoten nicht begnügen werde, würden wahrscheinlich noch in der Nacht die Mittelparteien einen Vertrauensantrag für das Kabinett Stresemann formulieren. Nach der Geschäftsordnung müßte dieser Vertrauensantrag als der weitgehendste zuerst zur Abstimmung gelangen. Für ihn würden lediglich die Mittelparteien stimmen, gegen ihn die gesamten Oppositionsparteien. Der Vertrauensantrag würde bei diesem Stimmenverhältnis der Ablehnung verfallen. Mehrere Blätter führen bereits Kombinationen für die Bildung des neuen Kabinetts an und nennen auch einige Namen.

Mißtrauensantrag der Sozialdemokraten.

Berlin, 23. Nov. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer gestrigen Abend Sitzung beschlossen, folgenden Antrag im Reichstag einzubringen: Die Reichsregierung hat den militärischen Ausnahmezustand gegen Sachsen und Thüringen, ohne daß hierfür sachliche Gründe vorlagen, in schärfster Form angewandt, gegen die verfassungswidrigen Zustände in Bayern aber nichts getan. Sie hat daher nicht mehr das Vertrauen des Reichstages.

Kemmele von den Sitzungen ausgeschlossen.

Berlin, 22. Nov. Im Reichstag traten heute morgen mehrere Fraktionen zu Sitzungen zusammen, ohne jedoch zu einer Beschlußfassung zu gelangen. Die Sitzung der Deutschnationalen war als vertraulich gekennzeichnet. Dem Abgeordneten Kemmele hat Reichstagspräsident Loebe inzwischen brieflich den Zutritt zum Reichstagsgebäude auf Grund seines Hausrechtes nach Art. 28 der Verfassung verboten. Der Abgeordnete versuchte mehrmals, durch verschiedene Portale das Haus zu betreten, entfernte sich aber nach der Erklärung der Beamten, daß sie ihm den Zutritt verweigern müßten. Um 12 Uhr mittags trat der Aelternterrat wegen des Falles Kemmele zusammen.

Um Ruhr und Rhein.

Die Botschafterkonferenz ist nach längerer Beratung und nach der üblichen Konstruktion gegensätzlicher Auffassungen zu der schon vorher feststehenden Einigung über die Antwort auf die deutschen Erklärungen bezüglich der Wiederaufnahme der Militärkontrolle gekommen. Auf Grund dieser Vereinbarung nimmt die Entente — selbstverständlich nach den Bestimmungen des Versailler „Vertrags“, der die praktische Eigentümlichkeit besitzt, für jedes Einzel- oder kollektive Verbrechen der Entente dem deutschen Staat gegenüber eine paragraffierte Berechtigung bereit zu haben — das Recht für sich in Anspruch, die Kontrolle über den Bestand der Reichswehr und deren zugeständenes Kriegsmaterial, also auch über die Rüstungsindustrien und namentlich die deutsche Flugzeugindustrie wieder aufzunehmen. Die Einwendungen der deutschen Regierung, daß sie angesichts der erregten Stimmung im deutschen Volke die Kontrolltätigkeit ablehnen müsse, — weil sie keine Garantie für die Sicherheit der Mitglieder der Kommission übernehmen könnte, und weil dadurch ihre Schwierigkeiten im Innern vergrößert würden, wurden als nicht stichhaltig abgelehnt, ja es wurde erwidert, daß gerade die Unterlassung der Kontrolle die Entwicklung der illegalen Organisationen und damit die gesteigerten Schwierigkeiten der Reichsregierung zur Folge gehabt hätten. Unter Erinnerung an den Versailler „Vertrag“ wird dann in der Note die Aufnahme der Kontrolle angezeigt, und gleichzeitig werden Maßnahmen (!) angedroht, falls deutsche Behörden oder Staatsbürger Obstruktion gegen die Kontrolle machen sollten. Es handelt sich hier also wiederum um ein Ultimatum, dessen Ausführung man gegebenenfalls wohl auch den Franzosen überlassen wird. Die zurückhaltende Stellungnahme zur Heimkehr des deutschen Kronprinzen dürfte auf den Einfluß Englands zurückzuführen sein; im übrigen wird aber das Verbot der Wiederanerkennung der Hohenzollerndynastie aufrecht erhalten. An den gemeinsamen Beschluß werden nun diesseits und jenseits des Ra-

wirtschaft.
 210,5 Ma.
 202,5 Ma.
 725,81 Ma.
 224,56 Ma.
 567,91 Ma.
 18,5 Ma.
 000 Ma.
 re.
 abbürse stellen sich
 gestaltete und
 Regel waren.
 4,5 (10,5)
 10 (25)
 4,5 (10,5)
 15 (60)
 25 (60)
 2 (6)
 1 (2,5)
 15 (50)
 10 (25)
 2 (4,5)
 4 (18)
 11 (20)
 4,4 (9)
 11 (20)
 14 (20)
 1,7 (4,5)
 12 (25)
 3,2 (8)
 2,9 (5,9)
 10 (100)
 6 (20)
 1,5 (4)
 9 (21)
 8,9 (19,9)
 4,5 (15)
 7 (25)
 5 (30)
 8 (17)
 igerungen.
 n. Galm.
 Galm.
 Freunde und
 den 24. No-
 den
 ung
 ch Weiß,
 ie Maß.
 LINIE
 INC
 SUD-
 KA
 USW.
 che und
 ränge
 chsaal.
 dapter
 YORK
 LINIE
 ktplatz.

nals gleich Kombinationen für die Zukunft geknüpft, die ebenso charakteristisch wie nichtsagend sind. Auf französischer Seite wird die Bereitschaft Englands zur Teilnahme an etwaigen Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland so gedeutet, daß damit auch eine Annäherung an den französischen Standpunkt in der Gesamthaltung gegenüber Deutschland angebahnt sei, während englischerseits bestritten wird, daß die Teilnahme an dem Beschluß irgendwelche Interpretationen hinsichtlich der Aenderung der Auffassung Englands in der Ruhr- und Reparationsfrage gestatte. In Deutschland kann man sich das Rätselraten über diese Fragen der Zukunft ruhig ersparen, denn der „Matin“ bringt offenbar unterrichtet die französische Auffassung über die möglichen Formen des Vorgehens der Alliierten gegen Deutschland, die dahin geht, daß es Frankreich in allen Fällen, in denen es sich von Deutschland „bedroht“ fühle, freistehende, allein eine Maßnahmen zu treffen, und daß es nach dem „Versailler Vertrag“ — selbstverständlich — auch berechtigt sei, Zwangsmaßnahmen allein zu treffen, wenn ein Verletzungsbeschluß der Reparationskommission vorliege. Es wird hier also schon angedeutet, daß im Falle der Weigerung Deutschlands, sich der erneuten Militärkontrolle zu unterziehen, Frankreich allein zu neuen Repressalien schreiten werde, wenn England sich wiederum weigern sollte, an einer solchen Aktion teilzunehmen.

Die Wirkung wäre dann zweifellos dieselbe, denn wir werten 1000 Geir 1, daß dann England genau so in seiner seitherigen „wohlwollenden Neutralität“ gegenüber den neuen Gewalttaten der Franzosen verharren würde, wie seit 10 Monaten gegenüber dem Ruhestreik mit seiner ausgesprochenen Erdrosselungspolitik. Die Tatsache, daß nun die Liberalen, an ihrer Spitze die Kriegsschuldigen Asquith und Lloyd George, in ihrem Wahlmanifest gegen die „Zauderpolitik“ der jetzigen Regierung so scharf ins Zeug gehen, ändert an dem außenpolitischen Kurs, den wir in absehbarer Zeit von London aus zu erwarten haben, gar nichts. Wir haben uns vor dem Kriege darauf verlassen, daß die Liberalen, die damals am Ruder waren, und zur Stärkung ihrer innerpolitischen Stellung sogar einen Führer der Arbeiterpartei in der Regierung hatten, keine deutschfeindliche Politik treiben würden. Wir haben auf Grund der russischen Akten feststellen können, daß gerade diese liberale Regierung es gewesen ist, die sowohl mit den Franzosen wie namentlich mit den Russen in die Abmachungen für den von diesen Mächten systematisch vorbereiteten Krieg gegen Deutschland getroffen hat, über deren Tragweite sie sich angefangen der dortigen Kriegsstörungen und Kriegsbegehe vollkommen im Klaren hatte sein müssen. Wenn jetzt dieselben Führer die gegenwärtige Regierung wegen ihrer „Untätigkeit“ in bezug auf die Reparationsfrage der Blindheit, der Unentschiedenheit und Impotenz beschuldigen, so haben wir allen Grund, ihre Angriffe zu einem gewissen Teil als Wahlmanöver zu bewerten, und ebenso ihre Versprechung, daß wenn die Liberalen wieder an die Regierung kommen, sie für eine schnelle Regelung der Reparationsfrage unter angemessener Berücksichtigung der alliierten Schulden eintreten werden. Weit mehr Aufschlüsse als dieses angebliche Eintreten für die rasche Erledigung der Reparationsfrage bietet uns die Darlegung des weiteren außenpolitischen Programms, das die Wiederaufnahme aller Beziehungen zu Rußland anstrebt, und die Stärkung des Völkerbunds selbstverständlich in englischem Sinne. England fühlt, daß es durch den Krieg gegen die Türken alle Sympathien im Orient verloren hat, und daß dadurch, und wenn man auch noch so freundschaftlich sich in Konstantinopel die Hand gedrückt hat, der englische Einfluß rapid ins Abwärtsgleiten gekommen ist. Nun will man wenigstens Rußland wieder gewinnen. Aber es ist kaum anzunehmen, daß weder die heutigen noch die Machthaber von morgen nochmals auf die englische Leimrute gehen, sowenig wie die Türken. Und letzten Endes wäre die türkische wie die russische Politik, die von London aus ginge, indirekt doch wieder gegen Deutschland bzw. seinen Wiederaufstieg gerichtet. Also weg endlich mit den Illusionen, die uns von London dauernd suggeriert werden, so lange England nicht praktische Beweise der Umkehr von seinem Deutschenhaß und seiner — Deutschenfurcht gibt.

Und dieselben wahlstaktischen Manöver werden auch in Amerika von einzelnen Politikern und von den die Herrschaft ringenden beiden Parteien gemacht, um die Stimmen der Deutschamerikaner für sich zu gewinnen, und um der Welt die „Rensichtlichkeit“ der amerikanischen Politik zu demonstrieren. In Wirklichkeit sind die maßgebenden Kreise in Amerika — Hochfinanz und Schwerindustrie, die fast den gesamten Presseapparat beherrschen — heute noch so deutschfeindlich wie je, was man von jedem Deutschamerikaner bestätigt erhalten kann. Wenn jetzt die amerikanische Regierung nach der Ablehnung ihres Vorschlags einer Feststellung der deutschen Zahlungsfähigkeit durch einen internationalen Sachverständigenausschuß sich beleidigt zurückzieht, so zeigt sie nur, daß ihr an den Reparationsfragen gar nichts gelegen ist, denn ein Staat mit den Machtmitteln, wie sie Amerika durch den Krieg gewonnen hat, hat auch andere Einflußmöglichkeiten auf eine befreundete Macht, die überdies ihre heutige Geltung lediglich dem Eingreifen Amerikas verdankt. Und deshalb glauben wir auch nicht an den jetzt wieder angekündigten „Druck“ auf Frankreich durch Aufrollung der Kriegsschuldenfrage. Auch diese Ankündigung ist auf innerpolitische Wirkung und auf „moralische Eroberung“ eingestellt.

Es ist notwendig, daß man diese Dinge unserm Volke immer wieder vorhält, damit wir alle einsehen, daß nur allein Ausgleich und Geschlossenheit im Innern uns vor dem französischen Vernichtungswillen noch zu retten vermögen. O. S.

Neue französische Drohungen.

Paris, 22. Nov. Eine von Havas ausgegebene offiziöse Mitteilung über die Ereignisse der Botschafterkonferenz befragt: Entgegen gewissen Londoner Nachrichten würde die

Vollmacht der interalliierten Militärkontrollkommission in keiner Weise eingeschränkt. Die noch von der Botschafterkonferenz General Kollert zugehenden Instruktionen hielten die bisherigen Zustände aufrecht. Die Kommission werde den Zeitpunkt für die Wiederaufnahme ihrer Arbeit wählen. Sie werde über ihr Vorgehen in vollkommener Unabhängigkeit entscheiden und ihre Beschlüsse würden weiter auf Grund von Stimmenmehrheit oder einmütig gefaßt, je nach Lage des Falles vorbehaltlich der Inanspruchnahme der Botschafterkonferenz, falls sich Gegensätze herausstellen. Aber es müsse mit Befriedigung unterstrichen werden, daß in der gesamten Militärkontrollkommission, ob sie in Berlin, im Rheinlande oder in Versailles ihren Sitz habe, vollkommene Harmonie bestehe. Es sei zu wünschen, daß die Verständigung der Alliierten die Deutschen zum Nachdenken veranlasse und es sei wohl wahrscheinlich, daß diese Entscheidung Deutschland bewegen werde, die Aufnahme der Kontrolle zu erleichtern. Im gegenteiligen Falle hätte man sich aufs neue über die zu ergreifenden Sanktionen zu verständigen. Französischerseits hätte man ursprünglich vorgezogen, für alle Fälle die Sanktionen im Voraus zu bestimmen, aber die französische Regierung habe dann, um eine Verständigung zu erleichtern, auf diese ergänzende Garantie verzichtet. Dagegen habe die französische Delegation im Laufe der Verhandlungen und erst gestern noch daran erinnert, daß Frankreich, falls seine Sicherheit (?) bedroht würde, z. B. einen bayerischen Putsch gegen die Pfalz, sich vorbehalte, die durch seinen Anspruch auf legitime Verteidigung gebotenen Maßnahmen und zwar, wenn nötig, allein zu treffen. Dies sei übrigens eine der grundlegenden Prärogativen (Vorrechte) der nationalen Souveränität der Staaten und niemand habe natürlich auch daran gedacht, diese zu bestreiten. In dieser Richtung stelle die Besetzung des linken Rheinufers eine solide Gewähr dar. Seine Räumung in Etappen von fünf zu fünf Jahren könnte aufgeschoben werden, wenn die sämtlichen Verpflichtungen des Friedensvertrages tatsächlich nicht eingehalten seien und Poincaré werde demnächst im Parlament erklären, daß nach französischer Auffassung die Räumungsfrist zur Zeit nicht laufen (!).

Druck der Alliierten auf Frankreich?

London, 22. Nov. Reuter veröffentlicht einen Auszug aus dem Bericht des amerikanischen Botschafters in Paris, Herrick, über die Zusammenkunft der Botschafterkonferenz am Montag. Der Bericht besagt, Lord Crewe habe den Botschaftern erklärt, Großbritannien hoffe, daß Frankreich die sehr ersten Folgen einer weiterhin isolierten Aktion erwägen werde, die darin bestehen würde, daß die Entente in Gefahr komme. Crewe habe hinzugefügt, wenn die Franzosen entgegen den britischen Wünschen eine solche Taktik sehen, seine Vertreter aus den verschiedenen interalliierten Kommissionen zurückziehen. — Der italienische Botschafter habe die britische Haltung unterstützt, während der belgische mitgeteilt habe, daß er sich der französischen Auffassung nicht anschließen könne, ohne vorher in Brüssel angefragt zu haben. Cambon habe hierauf die erste bedeutende Konzession gemacht, indem er erklärt habe, Frankreich beabsichtige nicht, territoriale Sanktionen in Anwendung zu bringen.

Interpellation in der französischen Kammer über die Stellung Frankreichs gegenüber Deutschland.

Paris, 22. Nov. Der Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat gestern beschlossen, den Ministerpräsidenten zu ersuchen, Auskunft über die auswärtige Lage und die Stellung Frankreichs gegenüber Deutschland zu erteilen.

Die deutschen Delegierten in Paris.

Paris, 22. Nov. Ueber die morgige Sitzung der Reparationskommission, in der um 10.15 Uhr die deutschen Delegierten die angekündigte Erklärung über die deutsche Finanz- und Währungsfrage abgeben werden, meldet Havas, der Führer der deutschen Delegation, Staatssekretär Fischer, werde wahrscheinlich als erster sprechen und in allgemeinen Ausführungen die deutsche Finanzlage darlegen. Eine einzige Sitzung werde wahrscheinlich für die Verhandlungen mit den Deutschen nicht ausreichen.

Ausweisung reichstreuer Pfälzer durch die Franzosen.

München, 23. Nov. Nach amtlicher Mitteilung fahren die Franzosen in der Pfalz mit der Ausweisung mißliebiger Personen fort. Neuerdings läßt auch das Separatistengesinde die pfälzische Bevölkerung seine Macht fühlen und weist ohne Erbarmen alle Gegner der Separatisten aus. Im Ganzen wurden aus der Pfalz bis zum 15. Nov. von den Franzosen ausgewiesen: 6035 Landes- und Reichsbeamte mit 14 971 Angehörigen, darunter 2441 Arbeiter, ferner 113 Privatpersonen mit 327 Angehörigen.

Wieder ein Industrieabkommen mit den Franzosen.

Paris, 23. Nov. Havas faßt in einer Meldung aus Düsseldorf die bis jetzt zwischen den Besatzungsbehörden im Industrie- und im altbesetzten Gebiet zustandbekommenen Abmachungen zusammen. Es haben darnach die Rheinischen Farbstoff-Fabriken (ungefähr 50 000 Arbeiter) mit der rheinischen Oberkommission ein Abkommen geschlossen, in dem sie die Reparationslieferungen in Form von Farbstoffen zusichern und die Rheinlandkommission vorübergehend Ermäßigungen der Ausfuhrtarife zugestimmt. Den Werken soll ermöglicht werden, durch die Ausfuhr das ihnen zur Zeit fehlende Betriebskapital wieder zu gewinnen. Die Ausfuhr ist jedoch in monatlichen Kontingenten auf den vor dem Januar 1923 zuletzt erreichten Monatsfuß beschränkt. Außerdem haben nach der Havasmeldung Schußfabriken der Firmasener Gegend mit etwa 50 000 Arbeitern und Lederfabriken mit der Rheinlandkommission Abmachungen getroffen. Andere Industriegruppen verhandeln auch. Havas glaubt versichern zu können, daß daraufhin das Wirtschaftsleben im altbesetzten Gebiet nach und nach wieder aufleben wird.

Vor der Hungerkatastrophe im Rheinland.

Grz. Köln, 21. Nov. Der Arbeitsausschuß des preussischen Landgemeindevorstandes West, hinter dem die sämtlichen Gemeinden von Rheinland und Westfalen stehen, hat in seiner Sitzung am 15. November erklärt, daß die Verhältnisse im besetzten Gebiet mit Riesenschritten der Katastrophe entgegengehen, wenn nicht noch in letzter Stunde eingegriffen werde. Die Verhältnisse sind viel schwieriger als es anscheinend allgemein bekannt ist. Die von der Hungersnot bedrohte Bevölkerung beschränkt sich nicht mehr darauf, nur Kartoffeln auszubuddeln, man geht vielmehr schon dazu über, den Landwirten das Vieh aus dem Stall zu holen, Korn und andere Lebensmittel zu rauben, ebenso Kleidungsstücke mannigfachster Art aus den Geschäften wegzunehmen. Dabei werden nicht nur große Werte unnütz veran, schlechte Elemente benutzen die Gelegenheit auch, Geschäfte auszurauben, deren Artikel mit der Hungersnot nichts zu tun haben. Dabei werden die Vertreter der Verwaltungen nicht nur in den Städten, sondern ebenso in den einzelnen Landgemeinden bedroht, weil sie pflichtgemäß bei der Auszahlung der Erwerbslosenbeiträge über die festgesetzte Höhe nicht hinausgehen können. Wird hier nicht eingegriffen, dann muß im besetzten Gebiet alles zusammenbrechen. Drei Mittel gibt es, um einigermaßen Abhilfe zu schaffen. Das erste besteht darin, daß die Erwerbslosenunterstützung einstweilen nicht abgebrochen wird. Die Massen müssen Geld in der Hand haben, um nicht glatt zu verhungern. Gegenüber der herrschenden katastrophalen Lage muß jedes Bedenken, das sich gegen eine derartige vorläufige Weiterzahlung erhebt, zurücktreten. Da aber die gezahlten Sätze in keinem einigermaßen erträglichen Verhältnis zu der im besetzten Gebiet herrschenden Teuerung stehen, muß als zweites das Reich unbedingt für die Zufuhr von Lebensmitteln sorgen. Diese können nicht schnell genug herangeschafft werden. Drittens ist dafür zu sorgen, daß der Verdienst der Lohnempfänger in weitestem Umfang des Wortes im Verhältnis zu dem Verdienst der Produzenten und von Handel und Industrie steht. Das ist zur Zeit nicht der Fall, während auf der einen Seite die Lohn- und Gehaltsempfänger notorisch weniger erhalten als im Frieden, stehen die Preise aller Lebensmittel und sonstigen Gebrauchsgegenstände weit über dem Friedenspreis. Das mag zum Teil auf die allgemeine Weltteuerung zurückzuführen sein, obgleich solche bei inländischen Erzeugnissen vielfach überhaupt nicht und in anderen Fällen nur in begrenztem Umfang in Rechnung gestellt werden kann. Der Kern des Problems liegt darin, daß Produktion, Handel und Industrie in zahlreichen Fällen heute mit einem Verdienst rechnen, der über die normalen Friedenssätze weit hinausgeht. Hier muß unbedingt Wandel geschaffen werden, damit die in dieser Beziehung berechnete Erregung der Massen aufhört.

Deutschland.

Zur Ausgabe der Rentenmark.

Berlin, 22. Nov. Seit dem 15. November, an dem mit der Ausgabe der Rentenmark begonnen wurde, sind bis zum 22. November rund 300 Millionen Mark Rentenbankscheine von den Druckereien geliefert worden und soweit wie möglich in den Verkehr gebracht worden. Die Ausgabe ist so erfolgt, daß spekulativer Handel vermieden werden konnte. Die Bestände sind vorzugsweise denjenigen Stellen zur Verfügung gestellt worden, daß sie unmittelbar zur Bewegung der Ernte, zur Heranschaffung von Lebensmitteln in die Städte, sowie für Gehalts- und Lohnzahlungen gebraucht werden können. Von der Abgabe von Rentenmark im besetzten Gebiet war unter den vorliegenden politischen Verhältnissen abzusehen. Der fortschreitende Druck der Rentenbankscheine wird die Möglichkeit geben, in den nächsten Tagen rascher mit der Ausgabe der Rentenmark vorzugehen.

Verhaftung des ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner.

Dresden, 22. Nov. Die Verhaftung Dr. Zeigners erfolgte auf Veranlassung des Untersuchungsrichters. Er wurde in der Nacht auf Mittwoch ins Leipziger Untersuchungsgefängnis übergeführt.

Vermischte Nachrichten.

Eine neue Krankheit.

In Amerika ist eine neue Krankheit aufgetaucht, die den Ärzten Kopfzerbrechen verursacht. Man hat ihr den Namen „Teufelsgrippe“ (Devils grippe) gegeben, obwohl sie mit der echten Grippe nichts zu tun hat. Der Hauptherd der Seuche ist Washington. Sie überfällt den gesunden Menschen blitzschnell und zeigt vom ersten Augenblick an Symptome, die sofort eine einwandfreie Diagnose gestatten. Sie setzt mit Appetitlosigkeit und Schüttelfrost ein, dem sich bald Kopfschmerzen, Schwindelanfälle und Erstickungserscheinungen zugesellen. Bemerkenswert ist, daß die Muskelstränge des Unterleibs steif werden, so daß die Reflexe ausgeschaltet sind. An sich ist die Krankheit von geringer Bedeutung; sie verläuft nie tödlich, hinterläßt keine Nachwirkungen und ist in höchstens vier Tagen überwunden. Sie befallt fast ausnahmslos Personen unter zwanzig Jahren; man hat an alten Leuten Krankheitsfälle bisher nie beobachtet.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 23. November 1923.

Württemberg und die Gehaltszahlung der Beamten.

Gegenüber der von dem Heilbronner Landgerichtsdirektor Speidel an die württ. Regierung gerichteten Frage, ob von der verspäteten Auszahlung der Papiermarkbezüge alle Beamten vom Staatspräsidenten u. den Ministern an gleichmäßig betroffen werden, wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß eine Bevorzugung irgend einer Kategorie von Besoldungsempfängern nicht stattfindet und daß die württ. Staatskasse mit Ausbütung aller Kräfte an den Besoldungszahlungen arbeitet. Eine Verpflichtung zur Aufwertung der Bezüge kann die Regierung nicht anerkennen, da ein schuldhaftes Versagen ihrerseits nicht vorliegt. Hinsichtlich der wertbeständigen Bezüge läßt die Regierung nichts unversucht, um die Landesbeamten mit den Reichsbeamten gleichzustellen.

Wertbeständiges Notgeld für Württemberg.

Die Handelskammer Stuttgart hat sich mit dem Württ. Städtetag in Verbindung gesetzt, um über die rasche Ausgabe eines weiteren allgemeinen Notgeldes, das in größtem Umfang schnell zur Verfügung gestellt werden kann, in Beratungen einzutreten. Es soll dabei ein einheitlicher Typus für das ganze Land sichergestellt werden. Die Handelskammer will mit allem Nachdruck darauf hinwirken, daß Industrie, Handel und Gewerbe dieses wertbeständige Notgeld für Lohn- und Gehaltszwecke in ausreichendem Maße rasch erhalten können.

Aus der Handwerkskammer Reutlingen.

Die Verhältnisse auf dem Gebiete des Zahlungsmittelwesens haben sich derart entwickelt, daß rascheste Abhilfe notwendig ist. Die Industriegeldnote kann vom Handwerker nicht beschafft werden, weil er weder Devisen noch Goldhandelswechsel der Vereinsbank Stuttgart zur Verfügung stellen kann. Die längst angekündigte Rentenmark ist bis heute in Württemberg noch nicht in den Verkehr gekommen, während die Papiermark sich ständig entwertet und der Handwerker dadurch außerordentliche Verluste erleidet. Es wäre überaus wünschenswert, wenn die Industrie dazu übergehen würde, bei der Begleichung von Handwerker-Rechnungen nicht ausschließlich mit Papiermark zu bezahlen, sondern wenigstens einen Teil in wertbeständiger Mark. Wegen der Schaffung von wertbeständigen Zahlungsmitteln ist die Kammer an den württ. Städtetag herantreten, damit die Staatsverwaltungen raschestens dazu übergehen, wertbeständiges Notgeld zu drucken, nachdem ihnen die gesetzliche Ermächtigung bereits vor einiger Zeit hiezu erteilt worden ist, denn die schnelle Beschaffung von wertbeständigem Notgeld liegt im Interesse der Bevölkerung. Das Handwerk hat unter den augenblicklichen Verhältnissen in ganz besonderem Maße zu leiden und kann es daher nicht länger ertragen, daß es durch die seit einiger Zeit bestehenden krasse Geldzustände vollends zum Erliegen kommt. Sodann ist das Landesfinanzamt darum angegangen worden, den Finanzämtern die Ermächtigung zu erteilen, bei der Bezahlung von Reichsteuern Schecks auf die örtlichen Gewerbebanken in Zahlung zu nehmen.

Frost.

In der Nacht vom 21. zum 22. Nov. ist starker Frost eingetreten. Aus allen Gegenden des Landes, selbst aus dem Unterland, werden Minustemperaturen bis zu 6 und 7 Grad gemeldet. An den Fenstern bildeten sich Eisblumen. Dabei herrschte eine klare Mondscheinacht. Auch heute nacht herrschte empfindliche Kälte.

Politischer Prozeß.

(ECB.) Kirchheim u. Teck, 22. Nov. Wegen Beschimpfung der Republik, begangen in einer nationalsozialistischen Versammlung in Owen am 7. Juli ds. Js. stand der

Amtliche Bekanntmachung.

Verfügung.

1. In Ergänzung meiner Verordnung vom 6. Oktober ds. Js., betreffend das Verbot von Hunderschaften, verbiete ich die Abhaltung von Geländeübungen jeder Art in geschlossenen Verbänden, ferner das Postenstehen und Herumstreifen einzelner Personen oder ganzer Gruppen in Ortschaften und außerhalb derselben zwecks Ausübung von irgendwelcher Kontrolle.

2. Zuwiderhandlungen werden, soweit nicht die bestehenden Gesetze eine schärfere Strafe androhen, nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September ds. Js., betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet nötigen Maßnahmen bestraft; auch können Zuwiderhandelnde in Schutzhaft genommen werden.

Stuttgart den 16. November 1923.

Der Militärbefehlshaber
Reinhardt, Generalleutnant.

Stuttgarter Geschäftsführer der Nationalsozialisten, Dr. Kaltenbock vor dem Schöffengericht Kirchheim. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft stellte die Schuldfrage ins Ermessen des Gerichts. Dieses erkannte nach nahezu einstündiger Beratung den Angeklagten für schuldig und verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von 14 Tagen. Dr. Kaltenbock wird Berufung einlegen.

(ECB.) Stuttgart, 22. Nov. Die Zahl der Unterstützung beziehenden Erwerbslosen im Stadtbezirk Stuttgart betrug zu Beginn des November 3181 männliche und 376 weibliche, zusammen 3557 Personen. Neu hinzugekommen sind 1673 männliche und 287 weibliche, zusammen 1960 Personen. Ausgeschlossen sind bis 15. Nov. wegen Arbeitsaufnahme: 233 männliche, 54 weibliche, wegen Krankheit: 9 männliche, wegen Arbeitsverweigerung 8 weibliche, aus sonstigen Gründen: 12 männliche, 15 weibliche, zusammen 254 männliche und 77 weibliche Personen, so daß am 15. Nov. vorhanden waren 4600 männliche und 586 weibliche, zusammen 5186 Personen.

(ECB.) Ehingen, 22. Nov. Die Zwangsinnung der Bäckermeister hat beschlossen, zur Linderung der Notlage der Kleinentner dadurch beizutragen, daß jeder Bäckermeister vier Laib Brot zur Abgabe an die Kleinentner kostenlos zur Verfügung stellt.

(ECB.) Württemberg u. Tübingen, 22. Nov. Beim Holzmachen wurde der verheiratete B. Nepomuk, Vater von zwei Kindern, von einer Tanne im Walde zu Tode gedrückt.

(ECB.) Hüringen u. Kirchheim, 22. Nov. Als der Schäfer von Hofbesitzer Hlogaus seine Herde hütete, kam er unberechtigtweise auch auf die Wiese des Landwirts Becktle. Dieser packte ihm auf, schlug ihn zuerst von hinten mit einer Haue auf den Kopf und rückte ihm dann noch mit der Hengabel auf den Leib. Darauf griff der Schäfer zum Messer und brachte dem Becktle einen Stich in den Arm bei, durch den die Schlagader verletzt wurde. Becktle ist seinen Verletzungen erlegen.

(ECB.) Schönbürg u. Tettwang, 22. Nov. Nachts haben Diebe die Käseerei heimgesucht und 135 Pfund Tilsiterkäse gestohlen.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Berliner Briefkurse.

1 Dollar	4210,5	Ma.
1 Goldmark	1002,5	Ma.
1 Schweiz. Franken	731,825	Ma.
1 franz. Franken	232,58	Ma.
1 holl. Gulden	1604	Ma.
Reichsindex für Lebenshaltung	831	Ma.
Goldumrechnungsjahr für Steuern	1000	Ma.

Landesproduktendörse.

(ECB.) Stuttgart, 22. Nov. Auf dem Getreidemarkt sind keine Veränderungen zu verzeichnen. Das Geschäft ist klein, da an wertbeständigen Zahlungsmitteln Mangel besteht. Die Preise wurden deshalb in Papier- und Goldmark notiert. Es kosteten je 100 Kilo: Weizen 30-31 Billionen bzw. 24-25 G.M. (am 19. Nov.: 23,50-24,50 G.M.), Sommergerste 25-26 bzw. 20-21 (20-21), Roggen 27,50-28,50 bzw. 22-23 (21-22), Hafer 21,50 bis 22,50 bzw. 17-18 (16-17), Weizenmehl 58-60 bzw. 46-48 (46-48), Brotmehl 53-55 bzw. 42-44 (42-44), Kleie 10-11 bzw. 8-9 (8-9), Wiesensheu 7,5-8,5 bzw. 6-7 (5-6), Kleesheu 10-11,50 bzw. 8-9 (6-6,5), Stroh 7,50-8,50 bzw. 6-7 (5-6).

Märkte.

(ECB.) Stuttgart, 22. Nov. (Vom Wochenmarkt). Heute hatte die Marktkommission eine Erhöhung von 70% auf die Richtpreise genehmigt. Es kosteten in Milliarden: Edelweissel

170-200, Tafeläpfel 100-150, Spalterbirnen 170-200, Tafelbirnen 100-170, Kraut 5-8,5, Rotkraut 60-80, Rühl 40 bis 60, Rote Rüben 55-80, Gelbe Rüben 30-40, Zwiebeln 100-160, Spinat 110-170, Bodenkohlraben 7-20 das Pfund; Rettiche 15-60, Blumenkohl 60-500, Rosenkohl 50-200, Sellerie 18-120, Endivienalat 25-90 das Stück; Butter 2,4 Billionen, Schweineschmalz 3, Margarine 0,9-1,1, Schmelzmargarine 1,3, Palmöl 1,2, Fettgänse 1,4-1,6, Emmentalerkäse 2-2,25, Schweizer 1,8-2, Tilsiter 1,7-2, Backsteinkäse 1-1,1 Billionen das Pfund, Kräuter 80-100 Milliarden der Regel, Gervais 400 Milliarden das Stück, Camembert 2,05 Billionen die sechsteilige Schachtel, Kalkeler 200, Fleckeler 150 Milliarden das Stück, Kartoffeln 30-40, Feigwaren 600-800, Haferstroh 400, Erbsen 400, Bohnen 400-420, Linsen 420-450 Milliarden das Pfund, Dosenmilch 1-1,8 Billionen.

(ECB.) Stuttgart, 22. Nov. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 74 Ochsen, 16 Bullen, 116 Jungbullen, 123 Jungrinder, 219 Kühe, 198 Kälber, 72 Schweine, 144 Schafe und 1 Ziege. Unverkauft blieben 2 Ochsen, 10 Jungrinder und 30 Kühe. Multiplikator: 1 Billion. Erlös aus je 1 Pfund Lebendgewicht in Goldpfennig: Ochsen 1. 61-64, 2. 50-58, Bullen 1. 60 bis 62, 2. 48-59, Jungrinder 1. 62-64, 2. 56-61, 3. 50 bis 55, Kühe 1. 54-58, 2. 38-48, 3. 28-36 Kälber 1. 72-74, 2. 68-71, 3. 64-67, Schweine 1. 120, 2. 115-118, 3. 100 bis 105. Verkauf des Marktes: Bei Schweinen und Kälbern lebhaft, bei Großvieh langsam. Ueberstand.

(ECB.) Ehingen, a. D., 22. Nov. Dem Schweinemarkt wurden 309 Ferkel und 4 Läufer Schweine zugeführt. Bezahlt wurden je nach Qualität für Ferkel 36-50 G.M. pro Paar, für Läufer 50-70 G.M. pro Stück.

(ECB.) Kiplegg, 22. Nov. Der Klausmarkt hat kaum mehr den Namen eines Jahrmarkts verdient. Die wenigen Verkäufer sind nicht auf ihre Rechnung gekommen. Es fehlt eben an den nötigen Barmitteln. Wenn der „Klos“ am 6. Dez. so mager ausfällt wie der Markt, dann wird es manches enttäuschte Kindergeischt geben.

Sprechsaal.

Für die unter dieser Rubrik gebrachten Veröffentlichungen übernimmt die Schriftleitung nur die presserechtliche Verantwortung.

Der Warengrundpreis.

Aus unserem Leserkreis wird uns folgende Notiz des „Pforzheimer Anzeigers“ mit der Bitte um Aufnahme zugehrt: Heidelberg, 17. Nov. Infolge des künstlich niedergehaltenen Dollarkurses im Inland wurden in den letzten Tagen die Warengrundpreise beträchtlich heraufgesetzt. Zu dieser Frage teilt die Wucherabteilung der Heidelberger Staatsanwaltschaft mit, daß in Anbetracht der nicht zu verkennenden Notlage gegen dieses Geschäftsgebaren nicht mit der sonst in solchen Fällen üblichen Schärfe eingeschritten wurde. Weiter heißt es in der Mitteilung: Nachdem nunmehr aber die amtlichen Berliner Dollarnotierungen den Auslandskursen ungefähr angepaßt werden, kommt jeder Strafmilderungsgrund in Wegfall. Es wird deshalb dringend geraten, umgehend die Grundpreise die aus den oben genannten Gründen hinauf gesetzt worden sind, wieder herabzusetzen, da andernfalls bei den in den nächsten Tagen einsetzenden Kontrollen der Kaufmann sich der Gefahr strengster Bestrafung aussetzt. Das kaufende Publikum, das die zuverlässigste Kontrolle ausüben kann, sollte jeden Fall derartiger Preistreiber zur Anzeige bringen. — Es darf wohl angenommen werden, daß nach dieser Mitteilung des Staatsanwalts, Veranlassung besteht, die Goldmarkpreise gründlich nachzuprüfen. Es kann durchaus nicht zugelassen werden, daß man damit wieder anfangen will, die Goldmarkpreise jeden Tag hinaufzusetzen. Goldmark bleibt Goldmark!

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gottesdienst

am Totensonntag, den 25. Nov. 1923.

Vom Turm: 503. ¼10 Uhr Predigt, Dekan Zeller, Lieberkranz singt: Selig sind die Toten, v. Spohr, Eingangslied Nr. 498 Ich wollt, daß ich daheim wär; 11 Uhr im Vereinshaus Abendmahl für Gedrückte; 1 Uhr Christenlehre (Töchter j. Abt.); abends 8 Uhr im Vereinshaus, 25., 27., 29. Nov. und 2. Dez. Vorträge: Was wissen wir vom Leben nach dem Tod? (j. Anzeige).

Kath. Gottesdienst.

Sonntag, 25. Nov., 8 Uhr Frühmesse, ¼10 Uhr Predigt und Amt, 2 Uhr Andacht. Montag, 8 Uhr Gottesdienst im Bad Liebenzell. Beichtgelegenheit nur Sonntag früh ab 7 Uhr. Werktags hl. Messe ¼ 8 Uhr.

Gottesdienste der Methodistengemeinde

Totensonntag, den 25. Nov., vorm. ¼10 Uhr Predigt, Fißler, 11 Uhr Sonntagschule, abends 4 Uhr Predigt Blecher. Mittwoch, 8 Uhr, Bibelstunde, Fißler. Stammheim: vorm. 10 Uhr Predigt, Blecher, nachm. ¼2 Uhr Predigt, Barth; Mittwoch, 8 Uhr, Bibelstunde, Blecher.

Kreuz und Quer durch alemannisches Land.

Schluss

Ich wurde in der Universität herumgeführt. Bedauernd wurde mir in der Aula gesagt: Schade, daß das ganze Institut nicht mehr dem Zweck dient, zu dem es errichtet wurde. Jetzt ist Nachlaß der Besucherzahl. Die künstlich importierten Tschechen sind uns fremd und wir ihnen. Wir verstehen einander nicht. Beide Kirchen führen einen energischen Kampf um die Schule, um die heranwachsende Jugend. Die Sprache, die zu diesem Betreff der Regierung an die Ohren klingt, kann auf die Dauer nicht überhört werden. Sie wird zu entschieden vertreten, als daß man nur so leicht darüber hinweggehen könnte. Die evangelische Kirche hat an ihrem Personalstand einen derartigen Rückgang erlitten, daß es Jahre braucht, bis die Lücken ausgefüllt sind. Die allermeisten Pfarrer haben nur ihre eigene Gemeinde zu versehen; sie haben meist eine andere (oft auch 2) Pfarreien mitzuversorgen. Nachwuchs ist fast keiner vorhanden. Im Thomaskloster ist bei der letzten Aufnahme nur ein einziger eingetreten. Mit katholischen Geistlichen kam ich nur zweimal in Berührung. Das erstemal bei einer Behörde, wo mir nachher gesagt wurde, daß es sich um einen früheren „Professor“ handelte an einem bishöflichen Gymnasium (oder Seminar), den man seiner deutschfreundlichen Haltung wegen auf eine Landpfarre abgehoben habe. Aus der überaus herzlichen Art, mit der mich dieser Herr als Deutschen begrüßte, läßt sich der entsprechende Schluß ziehen. Das letztemal traf ich einen „Curé“ in jenem Tal, wo man sich auf 4 Arten verständigen kann, welsch-patois, schweizerfranzösisch, altsächsisch und Hochdeutsch. Ich begrüßte bei dem Herrn die Frage der Unterrichtssprache und des Verhaltens des Klerus im Falle der Trennung von Kirche und Staat. Hochdeutsch erhielt ich die Antwort: „So wenig es den Deutschen geglättet ist, die französische Sprache zu unterdrücken, gerade so wenig lassen wir uns die Landessprache von den Franzosen nehmen. Sie werden auf „Granit heißen“. Bei der Kirchentrennung dürfen sie nicht zu rigoros vorgehen, sie stoßen auf einen „rocher de bronze“. Der Führer dieser Bewegung, Hign, hat einen steifen Nacken. — Wie man voraussehen konnte, wurde das höhere Schulwesen sofort auf das französische System umgestellt. Im günstigsten Falle kommen die Schüler mit zwei Jahren Verlust weg, bis sie dem Unterricht, der selbstverständlich in der Sprache des Siegers erteilt wird, folgen können. Im Verwaltungsdienst, der immer strenger mit Einstellung auf Paris generalisiert wird, „Jan d'Alphar d'Schaffer, die Franjoza d'réprésantants“. Dankbar wird anerkannt, daß die sozialen Einrichtungen aus deutscher Zeit, das Rentenwesen usw., vorerst noch erhalten geblieben sind. Die Post steht allgemein, jetzt im Frieden, im Verdacht, daß sie sich probenweise in ihrem „cabinet noir“ Briefe öffne. Das Personal ist vielfach noch das alte — aus deutscher Zeit. Französische Vorschriften hat man meist noch nicht, somit hält man sich noch an diejenigen aus der früheren deutschen Zeit. Wer vom Unterpersonal noch etwas vorwärts

Gieb keinen Auftrag nach auswärts,

den Du hier erledigen lassen kannst. Bedenke, daß jeder Auftrag, den Du am Platze erteilst, mit dazu beiträgt, die Zahl der Erwerbslosen zu verkleinern und damit auch die Beiträge zur Erwerbslosenunterstützung.

kommen will, muß sich noch fest auf die Prüfungen vorbereiten, die sich hauptsächlich auf das „Französische“ erstrecken. Das Eisenbahnpersonal hat den guten preussischen Drill „genossen“. Soweit der alte Stamm noch erhalten ist, funktioniert der Betrieb gut. Viele sind schon ins Innerfrankreich abgeschoben oder versetzt, auch an die Ruhr. Ueber diesen wird auch nicht geklagt, nur über den mangelhaft ausgebildeten Ersatz, der an den vielen Eisenbahnunglücksfällen aus neuerer Zeit die Schuld trage. Die einstigen Reichseisenbahnen sollen in den Besitz der französischen (meines Wissens privaten) Ostbahn übergeleitet werden. In ihrer alten Ausdehnung ist die 4. Wagenklasse, die Altfrankreich nicht kennt, erhalten geblieben. — Einige besonders trasse Fälle aus dem Gebiet der Rechtspflege sind vorher schon erwähnt.

Schon vor einem Menschenalter fand ich unter meinen Mitschülern kaum deutsche, dagegen teils französische, teils neutralistische Gesinnung. „Wie die Alten lungen“ usw. Das gibt zu denken. Wenn wir auch das Reichsland verloren haben, so ist es doch fraglich, ob der jetzige Besitzer Aussicht hat, es innerlich zu gewinnen oder es an sich zu lassen. — Wenn ich so die gewonnenen Gesichtspunkte zusammenfasse, so steht mir das scharf und klar vor Augen. Das Land ist von der Einkerkerung im westfälischen Frieden bis zur Revolution auf der Seite des Eroberers gestanden. Es wurde verwaltet nach Territorien, d. h. getrennt nach den früheren einzelnen Bestandteilen. Es hatte weitgehende Sonderrechte, die erst in der Revolution aufgehoben wurden. Nach dieser Zeit machte das Land den imposanten Aufstieg des empire (Kaiserreichs) und dessen glorreiche Festzüge mit. Der richtige Zeitpunkt des Anschlusses an das alte Reich wäre die Zeit des Wiener Kongresses 1815 gewesen. Dieser wurde

verpaßt. In der anschließenden Friedenszeit wurde die Gesinnung vorwiegend französisch dank der liberalen Behandlung durch Frankreich und des Umstandes, daß das Land in der inneren Verwaltung sich selbst überlassen blieb. Erst 1862 wurde die französische Sprache allgemein als Sprache des Unterrichts eingeführt, aber nur als Fachsprache. — Es erhebt sich die Frage, ob es 1871 klug war, die protestantischen Einwände der Bevölkerung unberücksichtigt zu lassen. Diese Frage stellen heißt sie besagen. Zu jener Zeit war die Frage der Volkstrennung noch nicht soweit gebiehn, wie jetzt. Im umgekehrten Fall wäre damals der Gegner der letzte gewesen, der sich mit einer Geldentschädigung begnügt hätte. Es handelte sich doch auch um überwiegend deutsches Land. Wenn wir dasjenige auch wieder verloren haben, so ist doch als ein unlegbarer Erfolg von 1870 die unumstößliche Tatsache zu verzeichnen, daß das Land in seiner großen Masse sich gegen die „walschi Guggommere“ absetzend verhält. Von einem Auslaufen bezw. der ersehnten Mutantisierung kann keine Rede sein. Das Galopp-Französisieren hat Haken. Die guten Seiten des alten Systemes steht man im Lichte der Verklärung wie bei Gestorbenen; was Schatten war, tritt zurück. Der Fäden, die hinüber und herüber gehen, sind denn doch zu viele, als daß sie so geschwind gewaltsam abgeschnitten werden könnten. Ueber den Weltkrieg ist man sich doch menschlich viel näher getreten im Verkehr mit allen andern deutschen Stämmen. „Das Elsaß spricht deutsch!“ riefen die französischen Offiziere aus beim Einzug in die Hauptstadt des alten Hanauer Landes. Alles andere ist Firnis. Die Weltgeschichte ist das Westgericht. Das deutsche Volk ist von seiner stolzen Höhe tief herabgeglitten. Es steht in der Hand eines Höheren, es zu gegebener Zeit und Stunde wieder emporheben zu lassen. Zeit und Stunde wissen wir nicht. Wir wollen das Wort nicht vergessen, das als Ueberlieferung dem Brunnen, an dem ich täglich vorübergehe, der unsern so vielfach gemarterten Kriegsgefangenen zum Willkommen gewidmet wurde: Es möge dereinst aus unsern Gebeinen der Röcher erstehen. Zum Schluß möchte ich noch die folgenden vier Verse von Paul Dobbermann beifügen, mit deren Gehang sich die ausgewählten Deutschen Brombergs beim Abschied gestärkt haben, als sie in Massen abziehen mußten. Sie sollen auch an unsere losgerissenen Brüder drüben über dem Rhein gerichtet sein:

Abschied.

- | | |
|------------------------------|----------------------------|
| 1. Mein Vaterland | 2. Mein Heimatland |
| Nun ist die Abschiedsruhm | Du teurer Muttergrund |
| Ich bleib dir stumm die Hand | Best bleib ich deine Hand |
| Mein Vaterland. | Mein Heimatland. |
| 2. So sei im Glück | 4. Ich hab dich lieb |
| Wie einst in besserer Stund | Und biet dir ew'gen Bund. |
| Und denk an uns zurück | Die Mutter, die uns blieb. |
| Wenn du im Glück. | Ich hab dich lieb. H. |

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Erlmann, Calw. Druck und Verlag der A. G. Calw. Verleger: Otto Erlmann, Calw.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Oberamtsbezirk Calw. Grundlohsänderung ab 19. November 1923.

Klasse	Grundlohsbeitrag in Millionen	Krankenversicherung				Erwerbslosenversicherung				Invaliden-Versich.		
		Tagesbeitrag	Anteil d. Ver. sichert.	Woch. Beitrag	Anteil d. Ver. sichert.	Tagesbeitrag	Anteil d. Ver. sichert.	Woch. Beitrag	Anteil d. Ver. sichert.	Klasse	Woch. Beitrag	
		Mil.-lionen	Mil.-lionen	Mil.-lionen	Mil.-lionen	Mil.-lionen	Mil.-lionen	Mil.-lionen	Mil.-lionen	Mil.-lionen	Mil.-lionen	
1	90	7,850	5100	5355	35700	1530	785	10710	5355	44	95	47,5
2	270	22,950	15300	160850	107100	4590	2295	32130	16085	45	125	62,5
3	450	38,250	25500	267750	173500	7830	3825	53550	2,775	47	260	130
4	610	68,800	45900	481050	321300	13770	3825	90390	48195	49	470	235
5	1180	91,800	61200	642600	428400	18360	9180	128520	61260	50	580	290
6	1350	114,750	78500	813250	535500	22950	11475	16,850	80325	50	580	290
7	1620	137,700	91800	963900	702600	27540	13770	192780	96390	50	580	290
8	1980	163,300	112200	1178100	785400	33660	16830	23,620	11,810	50	580	290
9	2250	191,250	127500	1338750	892500	38250	19125	267750	133875	50	580	290
10	2520	214,200	142800	1499400	999600	42840	21420	299880	149940	50	580	290

Calw, den 22. Nov. 1923. Vorsitzender des Vorstandes: Kamparos. Verwalter: P r o b.

Rundholz

Hart- und Weichholz
kauft jedes Quantum

Holzwerk Kornwestheim
Aktiengesellschaft

Kornwestheim, Fernspr. 81 u. 85.

Aufkäufer
gegen Provision gesucht. D. D.

Ev. Kirchengemeinde Calw.

4 Vorträge über Tod und Jenseits,
je abends 8 Uhr im Vereinshaus.

- Sonntag, 25. November:
Warum glauben wir an ein Leben nach dem Tod?
— Dekan Keller.
Dienstag, 27. November:
Gibt es ein Gericht? — Stadtpfarrer Lang.
Sonntag, 29. November:
Unsere Heimgegangenen — Stadtpfarrer Lang.
Sonntag, 2. Dezember:
Die Wiederkauf des Heren. — Stadtpfarrer Gös.

Allen unsern Kollegen und Kolleginnen danken wir herzlich für das schöne Bild, welches sie uns zum Abschied gesendet, es wird uns immer an unsere schöne Heimat erinnern. Nochmals allen ein herzliches „Lebewohl“
Karl Hauser und Frau.

Nach berichtet das „Calwer Tagblatt“ über alle wissenswerten Vorkommnisse!
Büromöbel
Bürobedarf
G. Köbele, Magold
Frenspacher 128.

Briefumschläge
Versandtaschen
liefert die
Tagblatt-Druckerei.

WHITE STAR LINE
AMERICAN LINE
REGELMÄSSIGER
AMERICAN PASSAGIERDAMPFER VERKEHR
HAMBURG-NEW YORK
HAMBURG-CANADA (HALIFAX) NEW YORK
meist Doppel-Schrauben- und Dreischraubendampfer.
„PITTSBURGH“ 16322 t.
„MANCHURIA“ 13639 t.
„MONGOLIA“ 13639 t.
„CANOPIC“ 12267 t.
„MINNEKAHDA“ 17221 t.
Hervorragende Einrichtung der Kajüte und dritten Klasse.
Vorzügliche Verpflegung.
Kostenlose Auskunft und Prospekte durch die Passage-Abteilung der
WHITE STAR LINE **AMERICAN LINE**
Hamburg, Alsterdamm 39
oder deren Vertreter in Calw: **K. Otto Vincon, Kaufmann, Fernspr. 171.**

Mitglieder
der Krankenkassen
werden während des ver-
trauensvollen Zustandes zu den
vom Württemberg. Ärzte-
Verband angeordneten Sägen
als Privatpatienten gegen
Barzahlung behandelt. Ver-
richtsland Stuttgart.
Württemberg.
Ärzteverband.
Wegen Aufgabe
meines Möbel-
geschäfts
1 Oberlag-Kassenschrank,
Bel. Art. Copierpresse, Leitz-
ordner etc., ferner: evtl. Teil-
zahlung oder Tausch in
Lebensmitteln: einige
Schlafzimmer, Speisezim-
mer, Einzelmöbel in tanne
und eichen.
Wacker, Stuttgart,
Steinstr. 7. Fernspr. 24404.
Empfehle mich
im Stricken.
Knoll, Calw.